Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung.
Fernsprecher 82. Postsch. 26.

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatl. Bezugspreis: Durch Agenten u. Post Mk. 6.60. Zeitungspreis
Die Spalte: 40 mm-Zeile 0.35 Gm., Deutschland 20 Pfg., Ausland 0.10 Gm
Amtliche Anzeigen 0.60 Gm.

Nr. 48. Saarlouis, Montag, den 1. März 1926. 55. Jahrgang.

Der Volkstrauertag im Reich.

Kundgebung der Reichsregierung zum Volkstrauertag.

In stiller Trauer gedenkt das deutsche Volk seiner in heißem Kampfe heimgekehrten, die in den gewaltigen alles Kriege ihr Leben gaben für die Verteidigung der Heimat.

Für uns sind sie in den Tod gegangen. An den Grähern unserer Gefallenen, die sich für uns alle opferten, soll die Zwietracht schweigen. Wahrend heute von uns das deutsche Leid, das heilige Opfer der im Kriege Gefallenen, die Herden, damit Deutschland lebe.

Was dem Leib wahr immer den deutschen Soldaten höchste Kraft. Wenn heute die Glocken dahinhallen werden, wenn große Scharen sich zu würdigen Gedächtnisfeiern versammeln, soll der Entschluß in uns sich festigen, im Glauben an Deutschland das Ideal zu verwirklichen:

„Nimmer wird das Reich zerstört,
wenn ihr einig sind und treu?"

Berlin, 28. Februar 1926

Der Reichspräsident: v. Hindenburg.
Die Reichsregierung: Dr. Luther.

Der Volkstrauertag in Berlin.

Berlin, 28. Febr. In stiller Trauer gedenkt das deutsche Volk am heutigen Tage seiner Brüder, die in dem gewaltigen alles Kriege ihr Leben gaben für die Verteidigung der Heimat. Wie in den letzten großen Kriegen gerieten bei „alle Offen-Verbringer den Landern zurückgeben, denen die Heimat sie entziehen habe". In diesem Zusammenhang erklärte er sich für Locarno. „Es ist mir gestattet", bekannte er, „daran zu erinnern, daß ich als Chef der ersten Regierung, der die Durchführung der Friedensvertrages oblag, von der Zeitung der Kammer aus — es war im Monat März 1920 — Deutschland eingeladen habe, wirtschaftlich mit uns zusammenzuarbeiten. Am 1. Januar 1924 begrüßte der Präsident der Republik, als er im Namen Frankreichs den Vertretern der auswärtigen Mächte die Neujahrswünsche darbrachte, die Wiederaufnahme der Beziehungen und des endgültigen Friedens." Sicherlich hat die Welt in der Hoffnung, daß die Abkommen von Locarno einen dauernden Schutzwall der Verwirklichung dieser Wünsche herstellen, diese in gleicher Weise angenommen. Man ist bei der Welt von neuem zu einer neuen Tatsache, daß, der den Willkürten der Volkerbundsmacht „Locarno" die heilige Verpflichtung des Vertrages von Versailles. Es ist leicht, Verträge zu unterschreiben, Verpflichtungen in eine Kriegsordnung verwandeln, wenn die Kriegsverträge von Ingrch einem der Unterzeichner als eine Kriegsordnung der Verbrecher bezeichnet konnten. Es ist natürlich und gesetzmäßig, daß Deutschland in den Völkerbund eintritt. Es wäre aber unerträglich, wenn dieses, denen es erst Möglich geworden, den Nationalversehen, Handel und eine vorgeschobene Person hatte das Gesetz zu diktieren. Hab und Zeitnöthigkeit sollen verschwinden! Niemand wünscht das aufrichtiger als wir. Wir haben alles getan, diese Wiederverbindung mit der Aufgaben fortschreitender Sympathien und Freundschaften zu begeisten. Polen kann auf unsere Treue rechnen, wie wir wissen, daß wir auf die seine pählen dürfen. In Genf wie Warschau und Paris werden wir dazu in Hand marschieren für die Aufrechterhaltung und die Sicherung der Ordnung, für die Wiedergutmachung und Wiedergut unterer Leiden für immer geeinten und verschlossen Nationen.

England und die Ratsfrage.

London, 27. Febr. In unterrichteten politischen Kreisen hält man die Rede Chamberlains für einen schwerwiegenden Diplomatenschlag. Chamberlain drängt mit großer Entschiedenheit darauf, daß der Rhein Chamberlain In Genf-Berlin wurde der Volkstrauertag mit sieben Trauerfeiern für die gefallenen Helden begangen. Der Feier im Reichstage wohnte das Reichskabinett bei. Anwesend waren ferner Delegierte der verschiedenen Kriegsgemeinden und Vertreter der höchsten Behörden, darunter der fürstlichen Delegierte, Wirklicher Geheimrat, in vollem Ornat. Die Gedächtnisrede hielt der Vorsitzende des Volksbundes für Kriegsgräberfürsorge Eisner. Er begrüßte Reichspräsident u. Gattin, und erinnerte daran, daß sich heute der Todestag des Reichspräsidenten Ebert jährte. Redner führte weiter aus: Wesser als Menschliche Gemeinschaftlich ist wahre edle Tugend, aber ein ohne Vorurteilsfreiheit. Viele Gefallenen gegen uns durch ihren Tod eine Mahnung, die wir nicht, aber auch negnaden können. Die Millionen Gräber in aller Welt sind ein Zeugnis dafür, was das deutsche Volk geleistet hat. Ein Wort, das solche Gräber hat, ist ein Recht, an sich zu glauben. Wir haben den Volkstrauertag nicht in den Freitag, das Symbol der Begräbnisfeiern, sondern in die Zeit des Frühlingsahnens und der Auferstehung gelegt, als Mahnend unseren stillen Zuversicht, daß aus den Gräbern wieder Leben neue Größe und Stärke für Deutschland erblühen wird. Anmahnt wurde die Gebenkrede von Dankbietungen eines Wiesenschlesien und eines Mannesgelangweiden. Der Vortrag des Liedes „Ich hatt einen Kameraden" spielte die Trauergemeinde in stillem Gedenken an die Toten des Weltkrieges festzend an.

Zum Volkstrauertag im Saargebiet.

Ein Flaggenerlaß der Regierungskommission.

Wie wir hören, hat die Regierungskommission den einzelnen Bürgermeistern mitgeteilt, daß am Sonntag abend mitgeteilt, daß das Beflaggen öffentlicher Gebäude am Volkstrauertag verboten sei.

Locarno, die Fortsetzung von Versailles.

Um die Ratsfrage. — Wie Mussolini italienisiert.

Millerand und Locarno.

Paris, 28. Febr. Auch einem Vortrag von Berufsel im Rathause zu Minchmes über die „Verfassungsrede Polens" hielt Millerand eine lange Ansprache, in der er erwarteth, daß an die entscheidende Zeit des letzten großen Krieges gerufen sei, „alle Elsaß-Lothringer den Landern zurückgeben, denen die Heimat sie entziehen habe". In diesem Zusammenhang erklärte er sich für Locarno. „Es ist mir gestattet", bekannte er, „daran zu erinnern, daß ich als Chef der ersten Regierung, der die Durchführung des Friedensvertrages oblag, von der Zeitung der Kammer aus — es war im Monat März 1920 — Deutschland eingeladen habe, wirtschaftlich mit uns zusammenzuarbeiten. Am 1. Januar 1924 begrüßte der Präsident der Republik, als er im Namen Frankreichs den Vertretern der auswärtigen Mächte die Neujahrswünsche darbrachte, die Wiederaufnahme der Beziehungen und des endgültigen Friedens." Sicherlich hat die Welt in der Hoffnung, daß die Abkommen von Locarno einen dauernden Schutzwall der Verwirklichung dieser Wünsche herstellen, diese in gleicher Weise angenommen. Man ist bei der Welt von neuem zu einer neuen Tatsache, daß, der den Willkürten der Völkerbundsmacht „Locarno" die heilige Verpflichtung des Vertrages von Versailles. Es ist leicht, Verträge zu unterschreiben, Verpflichtungen in eine Kriegsordnung verwandeln, wenn die Kriegsverträge von Ingrch einem der Unterzeichner als eine Kriegsordnung der Verbrecher bezeichnet konnten. Es ist natürlich und gesetzmäßig, daß Deutschland in den Völkerbund eintritt. Es wäre aber unerträglich, wenn dieses, denen es erst Möglich geworden, den Nationalversehen, Handel und eine vorgeschobene Person hatte das Gesetz zu diktieren. Hab und Zeitnöthigkeit sollen verschwinden! Niemand wünscht das aufrichtiger als wir. Wir haben alles getan, diese Wiederverbindung mit der Aufgaben fortschreitender Sympathien und Freundschaften zu begeisten. Polen kann auf unsere Treue rechnen, wie wir wissen, daß wir auf die seine pählen dürfen. In Genf wie Warschau und Paris werden wir dazu in Hand marschieren für die Aufrechterhaltung und die Sicherung der Ordnung, für die Wiedergutmachung und Wiedergut unterer Leiden für immer geeinten und verschlossen Nationen.

England und die Ratsfrage.

London, 27. Febr. In unterrichteten politischen Kreisen hält man die Rede Chamberlains für einen schwerwiegenden Diplomatenschlag. Chamberlain drängt mit großer Entschiedenheit darauf, daß der Rhein Chamberlain

Der Nachfolger Raulis in der Saarregierung

Metz, 27. Febr. Wie der „Metzer" meldet, soll an Stelle des Herrn Rault als französisches Mitglied der Regierungskommission der Herr Tacaud vorgesehen sein, der als Generalsekretär des Generalkommissariats in Straßburg tätig war.

Wie Polen Politik macht.

Wenn man die Vorgänge der letzten zwei bis drei Monate in den verschiedenen deutschen Grenzgebieten genau miteinander vergleicht, so merkt man an der Auffassung kommen, daß zwischen den Nachfolgestaaten Oesterreichs und Westdeutschlands gewisse Abweichungen getreten sind. Im Kampf zur Entdeutschung der deutschen Gebiete mit allen Kraft zu führen. Der unsichtbare Zerrer unter die Sudetendeutschen, das Gespenstsystem der italienischen Faschisten in Südtirol und die Deutschenverfolgungen in Polen haben in einem Zeitraum von kaum drei Monaten eine Form angenommen, die bezeichnete politische Stelle vermuten läßt. Der kämpfe gegen tschechischen Gesandten in Berlin in Fragen der bedrohten Minderheiten in der Tschechoslowakei ist vielleicht gegen, etwas den Schreier über alle diese Vorgänge zu lassen.

Deutschland hat seine Anwendung zum Beispiel vor Europa und vor der Völkerbundsversammlung gut in einer außerordentlichen Sitzung die Maßnahmen eingeleitet, die zur schnellen Erledigung des deutschen Nationalgesetzes erforderlich sind. In Polen wird das Tschechoslowakei hat man offenbar schon seit langem berichtet, daß die deutschen Gesandtschaften in den Hauptbundesstaaten Europas den Schutzes der nationalen Minderheiten in ein neues Stadium gerückt worden hätte. Die Gesamtnationalisierungsmethoden, die diese beiden Staaten bisher angewendet haben, haben trotz aller Brutalität noch nicht zu dem Erfolg geführt, der man erwartet hat. Die Deutschen in der Tschechoslowakei wie in Polen sind gewillt, gute und loyale Staatsbürger ihrer neuen Staatsregierungen zugehörigen zu sein, in Anerkennung aber, daß man ihnen Sprache und Kultur ihrer Eltern tödt. Für diese zweifelsfreien Staatsbürgerrechte gehen sie in ihrer ganzen Person und ihrem selben Leben ein. Damit beginnt sich das Bild der Tschechoslowakei und Polen, das sich als Herzensdieber entpuppten und einen Nationalitätenfreundlichkeit verhalten, wie sich in Wirklichkeit die Staatsmänner der Nachfolgestaaten. Die Frage der Minderheitenkonvention, die in den Kaukasusen, Dolomiten, Ungarnlanden, in Mazedonien usw. in Bewegung gesetzt wurde, Kampfes gezeigen ist, spielt auch in den Beziehungen der nationalen Minderheiten in Südtirol, Sudetendeutschland, Oberschlesien und Pommerellen eine Rolle im Kampf um den Kampf selbst.

Neben der von Mussolini an mit den deutschen Minderheiten gegen die deutschfeindlichen Bestrebungen der Italienischen Faschisten gerichtete ebenmäßig deutschen Gebiete vorgegangen. Rund 1 Million Deutsche hat es dem Land seit dem Krieg, dem Eigentum und die Heimatsrechte gekostet. Die Ortsnamenänderungen vom Sommer vergangenen Jahres haben jetzt den Höhepunkt der gesetzlich geführten Welt hervorgerufen, so daß sich faschistisch Polen unter dem Druck der ähnlichen Maßnahmen und trotz des Widerstandes der betroffenen politischen Weltmacht-Vereinigung, der Bundesbahn der oberschlesischen Aufständischen, des Verbandes ehemaliger Kaiserjäger und der gesamten deutschnationalen Presse zur Einbeziehung dieser Ortsnamen Maßnahmen gezwungen sah. Die einen gewaltsamen Verhältnisse sind nur geeignet mit dieser Tatsache abzugleichen, und aber von vorherein behrdet erweisen, sowohl den antiabsolutistischen Kampf und den Kampf um die Rechte der Deutschen in Pommerellen und der Deutsche Volksbund in Oberschlesien, die Gegenbestrebungen unter der Leitung dieses Gesetzes die Hetze des polnischen Chauvinismus gerichtet. Mitglieder sowohl des Deutschnationalen und sowohl des Zentrums, Sozialdemokraten und Kommunisten und sogar Zahl gerichtet, verurteilt und ausgewiesen worden. Neue Gesetze wurden in Polen erlassen und verschärfen. Den Deutschtumsbund in Pommerellen hat man unter Beobachtung gelegt, seine Büros geschlossen, ihm aber noch nicht verboten. Die Deutschen Polen sind in Verzweiflung ihrer Verlegen. Den Deutschen Volksbund in Oberschlesien hat man aufgelöst, die Deutschen Gebiete der Bergmannsgebiete verboten, sind die Interessen der polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität angunsten und aber Polen ist gewillt, sie zu Polen zu machen.

Die Tatsache, daß Deutschland wahrscheinlich schon vom März ab im Völkerbundsrat vertreten sein wird, bremst alle die Möglichkeit bestimmt, die an den deutschen Völkerbundsvertreter hervorgetragenen Beschwerden. Nach vertragsmäßige Behandlung der Deutschen Ostbeschwerden einer bestimmen Unterstützung und Zeugnisse Beziehung durch den Völkerbund zurückführen, haben die Polen offenbar verursacht, den Deutschen Volksbund unbedingt zu machen. Die Polen haben sich bisher geweigert, in Oberschlesien und in den deren Orten Ostbeschwerdeschriftungen bei Mitgliedern des Deutschen Volksbundes ein, die auch heute noch nicht abgeschlossen sind. Obwohl das heute Interesse unser-